Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
November 2016

Gesamtmitgliederversammlung für den 3. Dezember, um 10.00 Uhr im Saal der Gaststätte „Ritterstuben“ einberufen.





Die Gesamtmitgliederversammlung hat neben der Diskussion zu den Schlussfolgerungen aus den Wahlen auch drei Wahlen durchzuführen. Zum ersten ist dies die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Gegenwärtig laufen Gespräche zu Kandidaturen mit Mitgliedern unseres Kreisverbandes. Unabhängig davon kann jede Genossin und jeder Genosse seine Kandidatur in der Geschäftsstelle anzeigen. Auch wenn eine Kandidatur noch unmittelbar auf der Mitgliederversammlung möglich ist, würden wir uns aus organisatorischen Gründen sehr freuen, wenn die Kandidaturen vorher bekannt werden.
Weiterhin wird eine Vertreterinnen- und Vertreterversammlung unseres Landesverbandes die Landesliste für die Bundestagswahl im nächsten Herbst zu wählen haben. Wir müssen an diesem Tage unsere Vertreterinnen und Vertreter für diese Wahlversammlung des Landes wählen. Auch für die beiden Vertreterinnen- und Vertreterversammlungen werden noch Kandidierende gesucht.
Als drittes muss ein Direktkandidat bzw. eine Direktkandidatin für unseren Bundestagswahlkreis gewählt werden. Dieser Wahlkreis umfasst drei staatliche Kreise (Schwerin, Ludwigslust und Parchim sowie Nordwestmecklenburg). Die Wahl erfolgt durch eine Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der drei Kreisverbände. So haben wir auch hier die Delegation unseres Kreisverbandes für die Wahlversammlung zu wählen. An dieser Stelle teilen wir Euch mit, dass Dietmar Bartsch sich entschieden hat, nicht wieder in unserem Bundestagswahlkreis zu kandidieren. Er wird jedoch in Mecklenburg-Vorpommern bleiben. Es wurden Gespräche zu Kandidaturen geführt, bisher aber noch keine Lösung gefunden. Vorschläge für Kandidaturen sind durchaus erwünscht.

Kreisvorstand DIE LINKE. Schwerin

Veranstaltungshinweise der Rosa-Luxemburg-Stiftung MV

15.11. Schwerin, 19.30 Uhr

Irgendwo in Berlin
(DEFA 1946, R: Gerhard Lamprecht)
Moderation: Ulrich Grunert
Werk 3/Klangwert, Friedrichstr. 11/Domwinkel
Im zerstörten Nachkriegsberlin versuchen die Menschen, zurück ins Alltagsleben zu finden. Die Kinder nutzen Häuserruinen und Trümmerberge als Abenteuerspielplätze. Tagtäglich werden sie mit den Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs und des NS-Regimes auf ihre Familien und Freunde konfrontiert. Daneben ist es vor allem die Suche von Kriegsversehrten und Kriegsheimkehrern, Flüchtlingen und Schiebern nach neuen Lebensperspektiven, die dieser Spielfilm darstellt.
Einer der ersten deutschen Trümmerfilme, der realistisch die Verhältnisse der damaligen Zeit inmitten von trostlosen Ruinenlandschaften schildert. „Irgendwo in Berlin“ wurde 1946 von Gerhard Lamprecht gedreht. Der „Trümmerfilm“ war nach „Die Mörder sind unter uns“ und „Freies Land“ der dritte Kino-Spielfilm der DEFA. Die zeitgenössische Kritik lobte den Film: „Wir stellen fest, daß dieser Bilderpoet tief in die Herzen unserer von Hitlerbarbarei und Bomben-krieg geformten Ruinenjugend gesehen hat, und darin las, daß es keine rettungslos verlorene Generation ist.“

24.11. Schwerin, 19 Uhr

„IM NACHKLANG“
Begegnungen mit Hermann Kant

mit Prof. Benno Pubanz, Dr. Wolfgang Hässner, Dr. Reinhard Rösler, Dr. Dieter Herrig, Liane Römer sowie Schülerinnen der Musik und Kunstschule ATARAXIA
Stadtbibliothek, Plöner Str. 24
Gemeinsam mit dem Kulturbund Schwerin

Neuer Kreisvorstand – neues Glück?



Die Einladungen zur Gesamtmitgliederversammlung sind raus. Am 3. Dezember haben wir im Kreisverband unsere Schlussfolgerungen aus der Wahlniederlage zu ziehen und einen Wahlmarathon zu absolvieren. Die dabei wohl wichtigste Wahl ist die zum neuen Kreisvorstand.

Bisher hat sich kein Bewerber und keine Bewerberin für den Kreisvorsitz gemeldet. Daher habe ich mich entschlossen, wieder zu kandidieren. In den letzten Tagen haben Peter Templin und ich zahlreiche Gespräche geführt. Dadurch haben wir eine sehr gute Liste mit Bewerbern und Bewerberinnen, die wir der Mitgliederversammlung vorlegen werden können. Und weitere interessante Kandidaturen sind ja nicht ausgeschlossen.

Im Kreisvorstand wird der Generationswechsel in unserem Kreisverband deutlich werden. So manch ein Mitglied, das in den letzten Jahren zu unserer Partei gefunden hat, möchte gerne aktiv unsere Partei mit gestalten. Sie sind im Berufsleben, an der Abendschule, mitten im Leben. Dabei wurde in den Gesprächen deutlich: dass eine Neue Generation auch neue Ansprüche an die Parteiarbeit stellt. Lebendiger, mehr Gelegenheit für die Einbeziehung der Parteibasis. Letzteres war für einige Bedingung zur Mitarbeit. Noch eines wurde in Gesprächen deutlich, neue Mitglieder legen auch Wert auf neue Arbeitsformen im neuen Kreisvorstand. So soll auf Wunsch einiger ein Zielfindungsprozess für die Arbeit des Kreisvorstandes stattfinden. Ein Prozedere, in dem Platz für jede Idee ist und an dessen Ende ein konkreter Plan mit Angeboten und Verantwortlichkeiten steht. Ein Kreisvorstand, der sich als Suchender versteht, gemeinsam suchend nach den besten Lösungen. Ein Kreisvorstand der die Partei nicht als allwissend ansieht, der offen ist für Anregungen von außen, aus sozialen und ökologischen Verbänden, aus Bürgerinitiativen. Ein Kreisvorstand, der mit den Kräften in der Gesellschaft diese verändern möchte.

Der gewünschte Zielfindungsprozess für die Arbeit des Kreisvorstandes könnte zugleich auch ein Beitrag unseres Kreisverbandes zur Arbeit am Leitbild unserer Partei, das der Landesparteitag beschlossen hat, werden.

Der neue Kreisvorstand könnte also auch neue Arbeitsformen und –methoden hervorbringen. Für mich, sollte ich gewählt werden, eine besondere Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Wohl wissend, dass solche Arbeitsformen Diskussionen verlängern, aber im Ergebnis die Mitglieder des Gremiums besser mitnehmen und zu einem höheren Engagement führen. Genau das ist es aber aus meiner Sicht, was wir dringend in unserem Kreisvorstand brauchen. Die Arbeit auf mehr Schultern verteilen.

Um es hier auch sehr deutlich zu sagen, ich habe allen die mir gegenüber ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt haben, sehr offen gesagt, dass einer von ihnen der oder die nächste Kreisvorsitzende sein wird. Denn tief in mich geschaut, bin ich mir sicher, dass meine Amtsjahre als Kreisvorsitzender mehr als genug sind. Im Gegenzug freue ich mich aber auf meine für mich definitiv letzte Legislatur, da ich gespannt bin, wie wir die Zusammenarbeit im Gremium gestalten werden. Ein Prozess, auf den ich mich freue, weil ich selbst denke, dass diese Arbeitsweise die einzige geeignete ist, die zukunftsfähig für unsere Partei ist.

Neuer Vorstand – neues Glück? Mit Glück wird das nichts zu tun haben. Nach unseren Wahlniederlagen müssen wir alles hinterfragen, was in unserer Partei und auch in unserem Kreisverband gelaufen ist. Neue Arbeitsformen und –methoden im Kreisverband und im Kreisvorstand gehören auch dazu. Daher sollten wir diesen offen gegenüber stehen. Unsere Partei verändert sich und neue Mitglieder müssen die Zukunft unserer Partei bestimmen. Lassen wir uns von ihnen mitnehmen auf unserer Reise in die Zukunft. Stehen wir ihnen mit unseren Erfahrungen zur Seite und lassen wir uns dabei auf neue Ideen ein. Dann wird es auch mit uns als Partei wieder bergauf gehen. Dieser Erfolg wird kein Glück sein, er muss organisiert werden, von einem neuen Kreisvorstand.

Mit solidarischen Grüßen
Peter Brill

Eine Strasse liest

Samstag, 12. November von 14 bis 20 Uhr in Geschäften und Gaststätten der Münz- und Puschkinstraße. Alle informationen unter: www.eine-strasse-liest.de Angelika Gramkow liest „Das geheime Leben der Bäume“ von Peter Wohlleben. In der Alten Münze um 15 Uhr. Helmut Hollter liest „Zwischen Schloß und Rathaus“ im Weinhaus Wöhler um 15 Uhr.

Impressum
„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der
Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion:
Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill

Wie weiter nach den Wahlen?!

Festgestellt werden muss, die zurückliegenden Wahlen waren für uns im Land und in der Stadt ein Desaster. Der Kreisvorstand hat sich dazu in seiner letzten Sitzung verständigt. Nach einer ergebnisoffenen, durchaus kritischen und selbstkritischen, aber nach vorne gerichteten Analyse, stellt sich für uns alle die Frage, was wir verändern müssen, damit wir für die Herausforderungen in naher Zukunft so aufgestellt sind, um wieder erfolgreich zu sein. In Vorbereitung auf die Gesamtmitgliederversammlung geht es uns um die personelle, inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des Kreisverbandes. Zur Diskussion in den Ortsverbänden hierzu erste Überlegungen :

Die Umstrukturierung des Kreisverbandes hin zu vier Ortsverbänden war ein notwendiger und richtiger Schritt. Nur sind wir auf halbem Wege stehen geblieben. Der Kreisvorstand ist seiner Verantwortung bei der Führung dieser Prozesse nicht nachgekommen.

Die Aktionsfähigkeit der Ortsverbände ist grundsätzlich zu verbessern. Dazu gehört zum einen die qualifizierte personelle Absicherung der Arbeitsfähigkeit in den Vorständen. Um das zu gewährleisten muss der neu gewählte Kreisvorstand klare personelle Verantwortlichkeiten zur Unterstützung der Ortsverbände und deren Vorstände festlegen. (Jeder Ortsverbandsvorstand sollte im Kreisvorstand personell vertreten sein)

Darüber hinaus geht es um weitergehende festgelegte personelle Verantwortlichkeiten, z.B. für das Offene Blatt, die Gestaltung und Betreuung des Internetauftrittes des Kreisverbandes und die Unterstützung der politischen Bildung.

Der alte Kreisvorstand ist sich einig, dass auch in Zukunft das externe Offene Blatt zwei Mal im Jahr erscheinen sollte. Dabei ist prinzipiell darauf zu achten, dass sich die Lebenswirklichkeiten von Menschen inhaltlich und sprachlich widerspiegeln. Im zurückliegenden Wahlkampf ist es uns nicht gelungen, organisatorisch alle Haushalte mit unseren Inhalten zu erreichen. Schaffen wir hier Klarheit! Die nach den Wahlen wieder aufgenommenen Infostände am Sonnabend nach der Stadtvertretersitzung zur Verteilung des „Bericht aus dem Rathaus sollte gängige Praxis werden. Dabei müssen wir es auch schaffen über die Ortsverbände in den Wohngebieten solche Infostände zu organisieren. Gemeinsam mit der Stadtfraktion, den Vertreterinnen und Vertretern der Ortsbeiräte und dem Kreisvorstand müssen wir wieder aktiver in den Stadtteilen erlebbar wirken. Wir müssen in der Arbeits- und Lebenswelt von Menschen verankert, auch über den Kontakt zu Bürgerinitiativen, die Sorgen und Anliegen der Schwerinerinnen und Schweriner ernster nehmen. Vor Ort zu sein, zuzuhören und wenn möglich durch unsere Partei Hilfe und Unterstützung zu erhalten, das war einmal unsere Stärke. Sie wieder zu finden sollte das Ziel unserer Arbeit außerhalb der Partei sein. Dann können wir auch in Zukunft kommunalpolitisch und darüber hinaus punkten. Den Kopf in den Sand zu stecken nutzt nichts.

Kreisvorstand

Die Eliten bestehen noch immer fast nur aus Westdeutschen



Nicht alle Ungleichheiten zwischen Ost und West sind aus ostdeutscher Sicht negativ zu bewerten. Es gibt in Ostdeutschland beispielsweise eine weitaus bessere Versorgung mit Kindertagesstätten, was einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenkommt. Ebenso ist der Anteil an Frauen in Leitungspositionen im Osten signifikant höher und der „Gender Pay Gap“ sehr viel geringer als in Westdeutschland. Generell sind die geschlechtsbezogenen Rollenbilder im Osten fortschrittlicher als im Westen Deutschlands. Das ist jedoch kein Verdienst der deutschen Einheit. Hier wirken Sozialisationsformen aus den Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit nach.

Betrachtet man ökonomische Daten, so ist der Osten Deutschlands noch immer abgeschlagen. Zwar ist die wirtschaftliche Leistungskraft dieses Gebietes gegenüber den frühen 90er-Jahren gestiegen, jedoch bleibt sie hinter den Ländern der alten Bundesrepublik zurück (67 Prozent). Der Grund liegt in einer anderen, einer eher kleinteiligen und zersplitterten Wirtschaftsstruktur. Komplementär dazu ist die Arbeitslosigkeit höher – auch bei den Langzeitarbeitslosen, was sich an der höheren Anzahl an Hartz-IV-Beziehenden zeigt. In der Folge finden wir auch entsprechende Ungleichheiten bei den durchschnittlichen Vermögen.

Sowohl bei Löhnen und Gehältern als auch bei Renten und Sozialleistungen gibt es nach wie vor einen Ost-West-Unterschied. Das Ausrede-Argument, dass dafür die Lebenshaltungskosten auch geringer seien, ist durch die Realität überholt. So bewohnen Ostdeutsche im Durchschnitt weniger Wohnungsfläche als Westdeutsche, geben aber, ebenfalls durchschnittlich, einen höheren Anteil ihres Einkommens für die Miete aus. Würde man das Lebenshaltungskostenargument ernst nehmen, müsste man ohnehin gegen Flächentarife und dergleichen eintreten, denn Lebenshaltungskosten unterscheiden sich nicht nur entlang der einstigen Staatsgrenze. Aber, wie Hegel sagen würde, Gründe gibt es für alles und jedes.

Es geht bei der Forderung nach Angleichung der Löhne, Gehälter und Renten schließlich nicht nur um verfügbares Einkommen. Es geht um Anerkennung von Leistungen. Einem Arbeiter, einer Lehrerin und einer Verwaltungsmitarbeiterin wird so doch mitgeteilt: Du leistest zwar das Gleiche wie deine Kollegin im Westen, aber dieses Gleiche ist nicht gleich viel wert. Ebenso ist es bei den Renten. Gegen alles salbungsvolle Gerede wird klar und deutlich mitgeteilt: Deine Lebensleistung ist weniger wert. Die Rentenwerte müssen endlich ausgeglichen werden.

Ein ebenfalls heftiger Unterschied zwischen Ost und West findet sich bei den sogenannten „Eliten“. In Wirtschaft, Justiz, Politik, Verwaltung, Militär und Medien sind 1,7 Prozent der gesamtdeutschen Führungskräfte Ostdeutsche. Aber selbst im Osten sind nur 23 Prozent der Führungskräfte Ostdeutsche. Offenbar sind für Ostdeutsche nicht dieselben Karrierewege vorgesehen.

Dass nach 26 Jahren deutscher Einheit die Ostdeutschen gesellschaftlich nur mangelhaft partizipieren können, bleibt in hohem Maße kritikwürdig und zeigt, dass die Herstellung der deutschen Einheit längst noch nicht vollzogen worden ist.

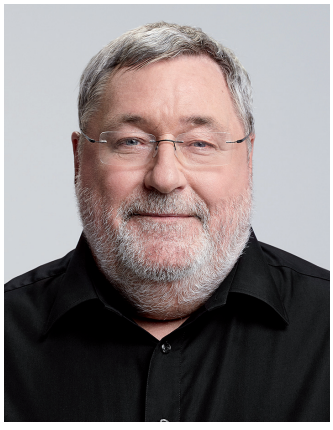
Riexinger warnt vor »Sackgasse Nationalkeynesianismus«



Bernd Riexinger hat seine Partei davor gewarnt, in der Debatte um die Zukunft der EU »auf oberflächliche Eliten- und Währungskritik« zu setzen. Angesichts wachsender Ablehnung der EU, ihrer Verfasstheit und Politik müssten sich gerade Linke »in dieser Frage klar von den Rechten« unterscheiden. Dazu sei »eine deutliche und radikale Kritik« der europäischen Institutionen und der »ihr zu Grunde liegenden gegenwärtigen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse« nötig. Eine Anti-Haltung gegenüber der EU, die nationalkeynesianischen Positionen das Wort rede und den Rückzug auf die Ebene der nationalen Politik propagiere, bewege sich dagegen auf einem »gefährlichen Irrweg«, so der Linkenpolitiker in einem im Onlinemagazin »Prager Frühling« veröffentlichten Text, der auch auf nd.de dokumentiert ist. Statt auf bloße Verteidigung der »europäischen Idee« gegen die Rechten zu setzen oder sich für eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder zu einem anderen europäischen Währungssystems koordinierter nationaler Währungen auszusprechen, müsste eine fortschrittliche Linke laut Riexinger versuchen, »einen dritten Pol zu bilden« und »konsequent solidarisch, internationalistisch, radikal demokratisch und klassenorientiert für eine Neugründung Europas von unten« zu streiten. Der sachsen-anhaltische Linkenpolitiker Wulf Gallert sagte, in der Europafrage habe Riexinger »zum richtigen Zeitpunkt das Richtige gesagt«. Der Text sei »eine gute Vorlage für den nächsten Bundesparteitag«. Riexinger schaltet sich damit in eine europaweit laufende Debatte über Strategien angesichts von EU-Krise und Rechtsruck ein. Der Streit wird unter anderem zwischen dem früheren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis und dem italienischen Linkspolitiker Stefano Fassina geführt. Auch in Frankreich läuft die Debatte über einen »Plan B« sehr kontrovers. Der Linkenchef grenzt sich nun deutlich von einer Eurokritik ab, die unter anderem auch von Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht und Wolfgang Streeck vertreten wird. Es sei falsch zu glauben, so Riexinger, dass »soziale Errungenschaften am ehesten noch auf der, nationalstaatlichen Ebene verteidigt werden können«. Dies sei zu einfach gedacht. Aus den herrschenden Kräfteverhältnissen, die ihren Niederschlag in den EU-Verträgen gefunden haben, könne »man nicht einfach aussteigen«. Zudem dürfe »die Macht rechtlicher Festlegungen« nicht überschätzt werden. »Es ist eine Illusion zu glauben, dass dieses Kräfteverhältnis primär an der Bruchstelle des Währungssystems verändert werden könne«, so Riexinger. Im Gegenteil: »Eine Abwertung der Währung führt nicht automatisch zu größeren Verteilungsspielräumen für eine soziale Politik. Diese Spielräume hängen in erster Linie von der Position in der kapitalistischen Weltwirtschaft ab«, warnt Riexinger. »Die Auflösung der Eurozone und die Rückkehr zu nationalen Währungen wären mit einem länger anhaltenden Krisenprozess mit unklarem Ausgang verbunden.« Da ein Ausstieg Deutschland als wirtschaftlich stärkstem und reichstem Land in Europa »ohnehin keine linke und solidarische Antwort auf die Krise« sein könne, man zudem in Betracht zieht, dass, »wenn sich die Kräfteverhältnisse in einigen EU-Staaten so verschieben, dass ein koordinierter ›Left Exit‹ einiger Staaten aus dem Euro-System möglich würde – und von Deutschland ja zumindest toleriert werden müsste – dann wäre es wiederum vermutlich auch möglich, eine grundlegende Reform der EU durchzusetzen«, so der Linkenpolitiker. Angesichts des Niveaus der Verflechtungen des Kapitals und damit wirtschaftlicher Abhängigkeiten in Europa sei auch ein »Sozialstaat in einem Land« kaum möglich noch anzustreben. Riexinger plädiert dafür, am Ziel einer »sozialen und demokratischen Neugründung der EU« festzuhalten, die »ohne Zweifel große Herausforderungen mit sich« bringen werde. Es müsse »zu einer Serie von Brüchen durch antineoliberale Strukturreformen kommen: wie zum Beispiel einer Europäischen Arbeitslosenversicherung und europaweiter Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeit, einer Reform der Währungspolitik und demokratischer Kontrolle der EZB, einer EU-weiten Besteuerung der Superreichen, Banken und Konzerne«, so der Linkenchef. Riexinger plädierte zudem für einen neuen Verfassungsprozess und zur Aufwertung des europäischen Parlaments »zum eigentlichen Gesetzgeber mit Entscheidungskompetenzen gegenüber der Europäischen Kommission«. Der Weg dahin sei »steinig und wird im besten Fall einige Jahre in Anspruch nehmen. Die enorme Ungleichzeitigkeit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise in Europa und die sehr unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnisse in Nord-, Ost- und Südeuropa geben hier Anlass zu Skepsis.« Dennoch gebe es keine sinnvolle Alternative dazu. Die europäische Linke brauche »eine offensive und bündnisfähige Perspektive«, so Riexinger - und diese finde man nur jenseits der »Sackgasse einer Vertiefung der Europäischen Integration um jeden Preis« oder der »Sackgasse des National-Keynesianismus«. Wer die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in Europa ändern wolle »und zu gesellschaftlichen Mehrheiten für ein linkes europäisches Projekt« strebe, für den gebe »es keine Abkürzungen über die Währungsfrage«. Die Aufgabe der Linken in Deutschland sei es, »die deutsche Dominanz von innen her« aufzuweichen, zitiert Riexinger den Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn.

LINKE EU-Kritik, aber konkret

Von Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion



Der Parteivorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger hat ein zentrales politisches Problem aufgegriffen: „Die Auseinandersetzung um die Position der LINKEN zur EU hat durch den ‚Brexit' neue Nahrung erhalten. Immer wieder wird die Forderung ‚raus aus der EU' oder die eines Austritts aus dem Euro als eine linke Antwort formuliert. Mittlerweile ist den Meisten klar, dass die Brexit-Kampagne von nationalistischen und rassistischen Tönen dominiert wurde." In der Tat: seit den harten Auseinandersetzungen um die Austeritätspolitik gegenüber Griechenland, aber auch Portugal und Spanien, verstärkt durch den „Brexit", ist immer wieder eine grundlegende Kritik an der europäischen Union und der Eurozone zu hören. Die Befürworter eines „Plan B" argumentieren damit, dass die EU auf Grund der in den EU-Verträgen und im Fiskalpakt verankerten neoliberalen Politik und des geltenden Einstimmigkeitsprinzips nicht reformierbar sei. Die europäische Konstruktion sei in der Substanz neoliberal und damit nicht veränderbar. Allerdings scheut diese entschiedene Kritik oft vor der Konsequenz zurück: es gehe um einen Neustart und nicht um einen Abriss und Neubau. Die Europäische Union sei undemokratisch, unsozial und in einer tiefen Krise. Dennoch gehe es nicht um eine Auflösung dieser EU, sondern einen Neustart. Diese Position überzeugt nicht: Ich teile die These von Bernd Riexinger, dass der Exit eine Illusion ist. „Für die Linke reicht es daher ebenso wenig aus, die ‚europäische Idee' gegen die Rechten zu verteidigen. Vielmehr gilt es gegen die neoliberale EU und den grassierenden Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa einen dritten Pol zu bilden: konsequent solidarisch, internationalistisch, radikal demokratisch und klassen-orientiert für eine Neugründung Europas von unten. Es gibt keinen Exit aus gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Die BefürworterInnen einer Rückkehr zu nationalen Währungen oder eines anderen europäischen Währungssystems koordinierter nationaler Währungen – prominent vertreten von den Sozialdemokraten Heiner Flassbeck, Wolfgang Streeck sowie in der europäischen Linken unter anderem von Jean-Luc Melenchon, Stefano Fassina, Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht – setzen angesichts der berechtigten Kritik an den undemokratischen Institutionen der EU auf die Stärkung des Nationalstaates."

Unstrittig ist: Die europäische Integration befindet sich aktuell in der schwierigsten Phase seit Inkrafttreten der Römischen Verträge. Die Europäische Union (EU) zeigt sich nicht in der Lage, die Strukturmängel der Maastrichter Wirtschafts- und Währungsunion zu heilen. In der Flüchtlingskrise ist es den EU-Mitgliedstaaten nicht gelungen, eine gemeinsame Politik mit einem gemeinschaftlichen Verteilungsschlüssel für Zufluchtsuchende zu entwickeln. Das Vertrauen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten erodiert. Das Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedsländern ist angespannt. In etlichen Teilen Europas haben sich Re-Nationalisierungstendenzen verstärkt. Für die EU am Folgenreichsten sind diese nationalistischen Bestrebungen in Großbritannien zu Tage getreten, wo vor kurzem eine Mehrheit der BürgerInnen für einen Austritt aus der EU gestimmt hat (Brexit). Ich argumentiere – zusammen mit anderen – in einer Streitschrift gegen die Behauptungen der linken Austrittsbefürworter argumentiert. Unsere Gegenthese: Der Euro hat die europäischen Staaten nicht zusammengeführt, sondern die Gräben zwischen den Staaten vertieft. Die Hauptverantwortung hierfür trägt die Bundesrepublik mit ihrer merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Die einseitige Betonung nationaler Wettbewerbsfähigkeit trieb die Leistungsbilanzungleichgewichte auf die Spitze. Gleichzeitig setzte die Bundesrepublik als dominierende Macht in der Eurogruppe die rigide Austeritätspolitik gegen die Defizitländer durch. Das neoliberale Konzept des „Wettbewerbsstaates" verhinderte bislang eine solidarische Lösung der Eurokrise. Das die öffentliche Meinung in Deutschland dominierende Bild vom „faulen Griechen", der dem sparsamen und erfolgreich wirtschaftenden Deutschen auf der Tasche liegt, gab die Folie ab, auf der sich die von der neoliberalen Entsicherung aller Lebensverhältnisse Verunsicherten mit dem deutschen „Volk als Nation" (Poulantzas) identifizieren und gegen andere abgrenzen konnten. So stand die verfehlte „Euro-Rettungspolitik" beim Aufstieg der AfD Pate. Mit der massiven Flüchtlingsbewegung nach dem Scheitern des „arabischen Frühlings" erfuhr die Krise der Europäischen Union eine weitere Ausprägung. Bernd Riexinger verweist zurecht auf die politisch-ökonomische Kurzsichtigkeit und die Überschätzung einer nationalen Lösung für die gravierenden Probleme Europas. „Die Forderung nach einem Ende des herrschenden Migrationsregimes, das Tausende Tote an den Außengrenzen zu verantworten hat, müsste stärker mit Perspektiven des Einstiegs in eine andere ‚politische Ökonomie' in Europa verbunden werden. Dafür sind die Forderungen nach einem europäischen Investitionsprogramm für den Ausbau der sozialen Infrastruktur von Gesundheitsversorgung, Pflege, Wohnen, eine erneuerbare Energiewende sowie eine Verkürzung und Umverteilung der Arbeit zentral. Ohne konkrete (!) Alternativen zur Standortkonkurrenz lässt sich keine linke Hegemonie in Europa gewinnen. Die europäische Linke muss ihre Diskussionen zur Europäischen Industriepolitik weiterführen und konkretere Vorschläge entwickeln, die an gewerkschaftliche Kämpfe, aber auch ökologische Bewegungen und Widerstand gegen zerstörerische ‚Investitionsprojekte' im Dienste von Großkonzernen anschlussfähig sind. Auch die öffentliche Förderung von Initiativen solidarischer Ökonomie und Genossenschaften sollte mit dem Konzept eines Investitionsprogramms verbunden werden." (ebenda) Wir haben in der Streitschrift den Rahmen für diese konkrete Alternative skizziert: Die neue Wirtschaftspolitik der EU müsste aus zwei Elementen bestehen: zum einen einer expansiven europäischen Fiskalpolitik, zum anderen einem europäischen Investitionsprogramm, das auch der Lösung industrieller und regionaler Strukturprobleme dient. Sowohl die Fiskalpolitik als auch das Investitionsprogramm wären von einer neuen demokratisch gewählten Europäischen Wirtschaftsregierung (EWiR) durchzuführen. Es gibt bereits vielfältige Vorschläge für umfassendere konkrete Investitionsprogramme. Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinem „Marshall-Plan für Europa" als auch der Europäische Gewerkschaftsbund („Ein neuer Weg für Europa") wollen über zehn Jahre Investitionen in Höhe von jährlich 2 Prozent des EU-BIP anstoßen (260 Milliarden Euro jährlich). Ein Investitionsprogramm in dieser Höhe ginge weit über ein Konjunkturprogramm hinaus. Es wäre bei entsprechender Ausrichtung auch Motor für den überfälligen sozial-ökologischen Umbau und würde zugleich die Wirtschaft für die Zukunft leistungsfähig machen (Strukturpolitik). Investitionsfelder wären Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrielle Modernisierung, der

Fortsetzung auf Seite 6

Ausbau und Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internetverbindungen, Bildung und Forschung, der soziale Wohnungsbau sowie weitere öffentliche und soziale Dienstleistungen. Durch die gezielte Förderung von Projekten in den peripheren Südstaaten sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten könnte das Investitionsprogramm auch zur Reduzierung des Entwicklungsgefälles in der EU dienen. Da die europäische Finanzkrise vor allem eine Auslandsschuldenkrise ist, ist eine Lösung der Krise ohne ein Gegensteuern gegen die Leistungsbilanzungleichgewichte völlig aussichtslos. Daher wird in der Streitschrift eine „Europäische Ausgleichsunion“ skizziert, die sich als Gegenpol zum heute vorherrschenden Modell einer „Austeritätsunion“ versteht, wie sie über den verschärften Europäischen Stabilitätspakt, den Europäischen Fiskalvertrag und über die konkreten Vorbedingungen für die sogenannten Rettungspakete vor allem den Euro-Krisenländer aufgezwungen wird (Troost/Paus 2011). Ausgleich bedeutet stattdessen ein gemeinsames Hinwirken auf einen Ausgleich von beiden Seiten, d.h. von Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und solchen mit Defiziten. Angesichts der fundamentalen Krise der EU plädieren wir mit Nachdruck für einen „Plan A“, durch den der Euro und die EU über eine Radikalreform stabilisiert werden sollen. Ansatzpunkte sind eine gemeinsame Sozial- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaat ebenso wie eine dezidierte Demokratisierung der EU. Das Konzept des „Plan B“, eines Ausstiegs aus dem Euro, wird dagegen entschieden abgelehnt, weil die Eurozone und die EU durch eine Rückkehr zu nationalen Währungen in eine noch schwere ökonomische Krise gestürzt würden – am stärksten übrigens die schwächer entwickelten Mitgliedstaaten. Eine solche ökonomische Krise würde auch den Binnenmarkt zerstören, und die Europäische Union dürfte eine solche schwere Krise politisch kaum überleben. Die Argumentation der AnhängerInnen des „Plan B“, ein „Plan A“ ließe sich politisch nicht durchsetzen, lässt sich ohne weiteres umkehren. Auch für einen „Plan B“ gibt es heute in der EU nur an den politischen Rändern eine Unterstützung. Mehrheitsfähig ist „Plan B“ nicht, denn alle wichtigen Mitgliedstaaten sperren sich mit Recht gegen dieses Konzept. Die zentrale Botschaft dieser Streitschrift liegt in der These, dass die EU und der Euro sich reformieren lassen. Durch die Einführung der beschriebenen Reformen, wie der alternativen Wirtschaftspolitik, der Ausgleichsunion, der gemeinsamen Schuldenpolitik, der Schritte auf dem Wege zu einer europäischen Sozialunion sowie einer demokratisch gewählten und kontrollierten Europäischen Wirtschaftsregierung, lassen sich die EU und der Euro wirkungsvoll in Richtung eines solidarischen Europas transformieren. In den letzten Jahren wurden die Konstruktionsschwächen der Europäischen Union, besonders aber der Eurozone deutlich. Immer mehr BürgerInnen begreifen sich als VerliererInnen der Entwicklung in der EU und der Eurozone. Mit dem Brexit droht die Europäische Union ihre Legitimationsgrundlage zu verlieren. In vielen Ländern der EU sind rechtspopulistische und nationalistische Kräfte in der Offensive. Die im letzten Jahr verstärkt einsetzende Flüchtlings- und Migrationsbewegung entzweit Europa. Verstärkt durch das Flüchtlingsdrama ist Europa in die politische Zerreißprobe geraten. Das Ziel eines freundschaftlichen Miteinanders in einem Europa der Vielfalt wird derzeit zwischen nationalistischen Egoismen und menschenfeindlicher Abschottungspolitik zerrieben. Es entwickelt sich ein gesellschaftliches Klima, in dem Sorgen in Ängste verwandelt werden: vor Überforderung, Überfremdung, Übervorteilung. Das Schüren von Angst gibt rückwärtsgewandten, fremdenfeindlichen, völkischen und rechtsnationalistischen Parteien in Deutschland und anderen europäischen Ländern Auftrieb. In der letzten Zeit dominieren die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien die gesellschaftliche Stimmung in Europa. Es wird Zeit, dass die europäische Linke aufhört, verbissen über die Währungsfrage zu diskutieren und stattdessen den Konflikt verschiebt: weg von den Frontstellungen „reicher Norden“ gegen „überschuldeten Süden“, die immer wieder nationalistisch oder rassistischen überlagert werden, hin zu einer Polarisierung gegen die Superreichen, Vermögenden und Banken. Heute ist der Nationalstaat nicht in der Lage die großen globalen Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrisen, des Klimawandels, der Migrationsbewegungen und des Terrorismus zu bewältigen. Die Welt braucht weniger Nationalstaat und mehr internationale Kooperation und internationale Organisationen, wie die Europäische Union, um diese Aufgaben zu bewältigen. Statt sich ins Fahrwasser der Re-Nationalisierung zu begeben, muss die LINKE heute für den Erhalt des europäischen Einigungswerks kämpfen und sich den neoliberalen und den rechtspopulistischen Zerstörern Europas mit guten wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen in den Weg stellen! Europa geht auch solidarisch!

Vorsicht Satire Vorsicht Satire Vorsicht Satire Vorsicht Satire Vorsicht Satire Vorsicht Satire Vorsicht Satire

Die Gerti hat gsagt... Integration

Die Gerti hat neulich gsagt, also unseren Chinesen vorne am Eck‘ wollen wir auf jeden Fall behalten. Das würden wir niemals zulassen, daß der ausgewiesen wird, gell. Diese sieben Schätze müssen’s einmal probieren bei dem, einfach köstlich! Ich mag’s manchmal fast lieber als die große Peking-Ente. – Also jedenfalls, den woll’n wir unbedingt behalten im Viertel, auch wenn er nicht direkt aus unserem Kulturkreis kommt, gehört er doch trotzdem zur Kultur gell. Ja, und die Gerti hat gsagt, den Antonio freilich auch, gell. Weil dem sein Eis ist so gut – also der kommt ja seit 7 Jahren in unser Wohngebiet mit seinem alten weißen Kombi-Bus und klingelt jeden Samstag um halb drei. Also der ist praktisch auch ein Stück Kultur, und wir hören sein Klingeln schon genauso gern wie die Kirchenglocken. Ja, und dann auch noch der Ali natürlich. Sie, wir sagen zu ihm immer Ali, obwohl er eigentlich Mustafa heißt, aber der Name gefällt uns einfach besser. – Sie, wir haben uns ja zwei Jahre lang nicht hin getraut zu seinem Döner-Laden. Ich mein‘, wo doch dauernd was von diesen Döner-Morden in der Zeitung gestanden ist. Aber dann haben sie im Fernsehen berichtet, daß die Morde gar nicht von den Dönern kommen, sondern von den Nazis und dem Geheimdienst bei uns… - und dann haben wir uns auch getraut, zum Ali zu gehen. Ja, also auch der gehört irgendwie zu uns… - Aber die Gerti hat gesagt, es wär‘ halt schön, wenn der Ali nicht andauernd in die Moschee rennen würde. Das macht doch einen schlechten Eindruck, ich mein‘, da macht er sich doch gleich verdächtig heutzutag‘, der Ali, wenn’s verstehen was ich mein‘, nicht wahr?“

AFD regiert mit

Bayern will als erstes Bundesland wortgetreu zahlreiche AFD-Positionen zur Sicherheit und zur Erleichterung der Abschiebung von Flüchtlingen übernehmen. Damit soll den Bürgern in Bayern die Wahl der AFD für überflüssig erklärt werden. – Und damit auch die Optik stimmt, wird vor den nächsten Wahlen mit Hochdruck daran gearbeitet, daß Horst Seehofer die gleiche Frisur wie Frauke Petry erhält.

Zum 90. Geburtstag von Dr. Hans Strutz

1974 – 1990 Direktor des Staatlichen Museums Schwerin

Hans Strutz wurde am 20. November 1926 in Köslin, dem heutigen Koszalin, geboren. Sein Vater war Motorenschlosser und seine Mutter Fabrikarbeiterin. Nach Besuch der Volksschule und einer Lehre bei der Stadtverwaltung Köslin erfolgte Anfang 1944 – 1945 die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Wehrmacht.
Seine Mutter war durch die kriegsbedingte Flucht aus Köslin in Schwerin ansässig geworden. Hier gründete Hans Strutz dann selbst eine Familie. 1946 wurde er Mitglied der Partei. Seit 1947 war Hans an verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen auf kulturellem Gebiet tätig. Sein oberstes Anliegen war es immer, an der neuen Gesellschaftsordnung mitzuwirken, deren Grundlagen nicht zuletzt Kultur und Kunst darstellten. In der DDR erhielt er die Möglichkeit, nach einem Studium auf dem Gebiet der Kunst- und Kulturwissenschaften zu promovieren.

1974 wurde er zum Direktor des Staatlichen Museums Schwerin berufen. Unter seiner Leitung erfolgte insbesondere eine Intensivierung der Ausstellungs- und Publikationstätigkeit sowie eine zielgerichtete Ankaufspolitik auf allen Gebieten. Diese hat er in Bestandskatalogen dokumentiert. Hervorzuheben sind Ausstellungen, die unser Museum zunehmend international bekannt gemacht haben. Durch seine Initiative entwickelten sich Kontakte zu bedeutenden internationalen Museen, die in der Folge zu umfangreichen Ausstellungen aus Beständen unseres Museums und Leihgaben aus weiteren DDR-Museen in Mexiko, Japan, Schweden, Jugoslawien (Slowenien), Frankreich (Paris, Louvre). USA (Forth Worth und Kansas City) führten.
Unter der Leitung von Hans Strutz erhielt das Staatliche Museum 1985 eine neue Struktur. Das historische Gebäude am Alten Garten wurde mit den ehemaligen Residenzschlössern des mecklenburgischen Fürstenhauses Schwerin, Güstrow und Ludwigslust sowie deren Parks und Gärten vereinigt.
Für seine Tätigkeit erfuhr Dr. Hans Strutz vielerlei Anerkennung und Ehrung. Er war Mitglied des Nationalen und des Internationalen Museumsrates. 1984 wurde er zum Museumsrat und 1987 zum Obermuseumsrat ernannt. Heute lebt er in Schwerin. Er ist nach wie vor der politisch aufgeschlossene, diskussionsfreudige und vielseitig interessierte Partner geblieben. Sein kultur- und kunstpolitisches Wirken wird in Erinnerung bleiben.
Der Kreisvorstand wünscht Dir, lieber Hans, vor allem Gesundheit für das neue, nur für Wenige erreichbare Lebensjahr.
Denke stets daran, vergiss es nicht: wir ehren und wir brauchen Dich.

Heinz Pawlitzok

Leserbrief

Wenn man nicht mehr gut „zu Fuß“ ist, freut man sich immer, schriftlich informiert zu werden. So geht es mir mit dem „Offenen Blatt“. Das lese ich von vorne bis hinten. Und beim letzten OB ganz hinten, wurde ich stutzig. Genosse Wätcke ist im August 1946 Mitglied der KPD geworden.
Im August 1946 war ich schon 2 Monate Mitglied, aber in der SED, denn im April 1946 haben sich SPD und KPD vereinigt. Was habe ich persönlich in Sachsen-Anhalt erlebt? Ich wusste nicht, wo meine Familie geblieben war. Wir waren in Stettin erst ausgebombt, dann ausgewiesen. Ich war durch den Krieg im Süden gelandet und habe bei einem Bauern in Sachsen-Anhalt Quartier, Essen und Arbeit gefunden. Der Bauer war in der SPD und sagte, dass er nicht in die neue Partei eintreten werde, die die „Internationale“ unter der roten Fahne singt. Da musste ich überlegen, was wohl meine Eltern machen, die bis 1933 in der KPD waren und mir mein Vater beim letzten Besuch sagte „Wenn du uns mal suchen musst, dann nur im Osten“. Das war für mich wie Programm und ich habe den Bauern die „Internationale“ vorgesungen, die ich kannte. Ob er in die neue Partei eingetreten ist, weiß ich nicht, da ich inzwischen meine Eltern an der polnischen Grenze gefunden hatte und im Juni 1946 Mitglied der SPD geworden bin, in der meine Eltern Mitglied waren. Übrigens auch meine beiden Brüder, die jünger sind als ich, sind bis heute in „unserer“ Partei.
Um mit Peter Brill zu sprechen: „Wir geben nicht auf.“

Ilse Fulde

Am 10. Oktober ist die Genossin

Evelyn Göbel

verstorben.

Wir, die BO 605, haben eine engagierte Genossin verloren und werden sie sehr vermissen.

Herzlichen Glückwunsch

Nachträglich die besten Wünsche zum Geburtstag erhalten Genosse Heinz-Norbert Senk zum 59., Genosse Fred Lassig zum 70., Genossin Hilde Parchmann zum 92. und Genosse Günter Rzehak zum 68. vom Ortsverbandes SÜD.
Am 07.11. feiert Genosse Hans Schmal seinen 84. und am 19.11 Genosse Karl-Heinz Werther seinen 63. Geburtstag.
Im Monat November begehen die Genossin Anni Hempelt ihren 83., die Genossin Brigitte Püschel ihren 65. und der Genosse Kurt Brückner seinen 82. Geburtstag.
Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.
Der Kreisvorstand DIE LINKE. Schwerin gratuliert sehr herzlich Genossen Heinz Pawlitzok nachträglich zu seinem 80. Geburtstag, den er am 01. November beging.
Als Mitglied im Kreisvorstand und durch die persönliche Betreuung von Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes hat sich Genosse Pawlitzok Achtung und Sympathie erworben.
Wir freuen uns deshalb aufrichtig, ihn an unserer Seite zu wissen.
Seine aufgeschlossene und freundliche Art, den ganz gewöhnlichen Alltag mit seinen Sorgen und Nöten anzugehen, bringt Heinz Pawlitzok bei vielen Menschen Achtung und Sympathie ein.
Wir wünschen ihm zu seinem Geburtstag aufrichtig alles Gute, viel Gesundheit, Stehvermögen, Kraft und viele glückliche Momente mit den Menschen, die ihm wichtig sind.

Soziale Härten beim Rundfunkbeitrag beseitigen



Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben auf ihrer Tagung in Rostock u.a. auch über die Höhe des Rundfunkbeitrages beraten. Die Regierungschefs haben zu dem Vorschlag der „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten“ (KEF), den Rundfunkbeitrag ab 2017 um 30 Cent zu senken, unterschiedliche Auffassungen. Ministerpräsident Erwin Sellering meint, dass jede Möglichkeit, den Beitrag zu senken, genutzt werden sollte.

Diese minimale Absenkung des Rundfunkbeitrags ist nicht sinnvoll, sozial und gerecht ist sie gleich gar nicht. Nicht sinnvoll, weil damit die Menschen nicht wirklich entlastet werden. Unsozial und ungerecht, weil in nächster Zukunft mit deutlichen Beitragserhöhungen gerechnet werden muss. Die Sendeanstalten melden für den Zeitraum von 2017 bis 2020 einen Mehrbedarf von 38,5 Mrd. Euro an und planen den Werbeanteil zu reduzieren. Dies hätte eine deutliche Beitragserhöhung ab 2021 auf 20 Euro und mehr zur Folge. Die Länderchefs sollten die Sendeanstalten auffordern, alle Maßnahmen für stabile Beiträge und weitere Entlastungen bestimmter Gruppen einzuleiten. Das wäre sozial gerecht. Dafür könnten die erwirtschafteten Überschüsse verwendet werden. Angesichts der generellen Programmvielfalt stellt sich die Frage, wie viele Programme in Deutschland durch alle Menschen zwingend finanziert werden müssen. Warum müssen in M-V alle Haushalte alle Rundfunkprogramme finanzieren, wenn diese gar nicht von allen empfangen werden können? Durch die Umstellung auf den geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag sind soziale Härten entstanden, die rückgängig gemacht werden müssen. Dies betrifft Menschen mit Behinderungen, Gemeinnützige Einrichtungen der Jugendhilfe und Kleingärtner. Notwendig sind auch Entlastungen für die Wirtschaft, u.a. das Handwerk, den Mittelstand sowie Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus. **Helmut Holter**

Bessere Bedingungen und Tarifschutz für Beschäftigte an den Theatern!



Der 17. Oktober ist der Jahrestag der Verabschiedung des UNESCO-Übereinkommens zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, das auch die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft unter Schutz stellt. Im Rahmen der Aktion „40 000 Theatermitarbeiter*innen treffen ihre Abgeordneten“ traf ich mich mit der Schauspielerin Tina Landgraf von der Fritz-Reuter-Bühne des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin und Oliver Schneider, Musiker und einst u.a. Regieassistent in Schwerin.

Meine beiden Gesprächspartner vermittelten mir einen sehr interessanten und informativen Blick hinter die Kulissen. So muss der uralte Tarifvertrag ‚NV Bühne Solo‘ dringend neu verhandelt werden, denn auch an den Theatern gibt es prekäre Beschäftigung und keinen tariflichen Schutz etwa für Schauspielerinnen und Schauspieler. Die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Leben ist gerade an Theatern ein riesiges Problem. Das Arbeitszeitgesetz wird kaum beachtet und die Wochenplanung häufig durcheinandergebracht. Festanstellungen sind eher eine Seltenheit.

Die Zeit der Soloverträge ist doch überholt. Neue tarifliche Vereinbarungen müssen sichern, dass gleiche Gagen für gleiche Leistungen gezahlt werden. Außerdem führt der Kahlschlag an den Theatern zu einer Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung, die zu hohen Belastungen der Beschäftigten führen.

Das Land M-V ist seit August 2016 Hauptgesellschafter des Mecklenburgischen Staatstheaters. Im neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU wird viel über die Stärkung der Tarifgebundenheit geschrieben. Wie sieht es denn bei den eigenen Gesellschaften aus, Herr Sellering? Die neue, alte Landesregierung muss zuerst vor der eigenen Haustür kehren.

Helmut Holter